

NORDBAYERISCHER KURIER

Bayreuther Tagblatt
OBERFRÄNKISCHE ZEITUNG

FRÄNKISCHE PRESSE

Ausgabe für Bayreuth Stadt und Land, Fichtelgebirge und Fränkische Schweiz

Nr. 58 / 1. Jahrgang

Bayreuth, Samstag/Sonntag, 9./10. März 1968

Einzelpreis 40 Pf

Schutzgarantie wird begrüßt

Regierung bejaht Schritt der Atomkräfte - Rechter CDU/CSU Flügel warnt

BONN (UPI/dpa). Das Angebot der drei Atomkräfte auf der Genfer Abrüstungskonferenz, den nichtatomaren Staaten Sicherheit vor atomarer Bedrohung und Erpressung zu garantieren, hat in Bonn ein zwiespältiges Echo ausgelöst.

Während die Bundesregierung und die SPD den Schritt der drei Mächte USA, Großbritannien und Sowjetunion grundsätzlich begrüßten, meldete der konservative Flügel der

CDU/CSU durch den CSU-Abgeordneten Fritz Zimmermann Bedenken wegen Gefährdung der militärischen Sicherheit an.

Staatssekretär Diehl erklärte gestern, das Angebot der drei Atomkräfte sei ein großer Fortschritt in der richtigen Richtung. Es beweise, daß die Atomkräfte das Schutzbedürfnis der nichtatomaren Staaten als legitim anerkennen. Für die Bundesrepublik stelle sich das Problem nicht so unmittelbar, da sie den Schutz der atlantischen Allianz genieße.

Zimmermann dagegen fand die Verteidigungslage der Bundesrepublik und anderer NATO-Staaten werde dadurch nur verschlechtert, denn die Atomkräfte der NATO könnten künftig ihr nukleares Abschreckungspotential nicht mehr zur Geltung bringen.

Außerdem erklärte Zimmermann, würde dadurch der Aufbau einer eigenen europäischen Abschreckungsmacht weitgehend unmöglich gemacht werden, da ja jeder Schritt in dieser Richtung als „atomare Drohung“ ausgelegt werden könnte.

Der Sozialdemokratische Pressedienst schrieb gestern, nachdem eine solche Garantie-Erklärung monatelang gefordert worden sei, werde jetzt plötzlich gesagt, dies sei nicht genug, und die Atomkräfte hätten sich lediglich mit einer für die Praxis unbedeutenden Geste begnügt. Mit einer solchen Haltung könne Deutschland kaum Freunde gewinnen. Der Bonner Abrüstungsbeauftragte

Botschafter Switbert Schnippenkötter verhandelte gestern in Genf zum zweitenmal in dieser Woche mit den amerikanischen und sowjetischen Delegationschefs, Roster und Roschtschin.

Ob Schnippenkötter in den ersten, Anfang dieser Woche geführten Gesprächen die deutschen Wünsche nach einer Änderung der Revisionsklausel des Sperrvertrages durchsetzen konnte, ist nicht bekannt. Es wird in Bonn jedoch versichert, daß er nicht mit leeren Händen zurückkam.

Nach dem Zeitplan der USA und der Sowjets soll die Genfer Diskussion am Donnerstag abgeschlossen und der gemeinsame Entwurf dann der UN-Vollversammlung vorgelegt werden. Die Bundesregierung kam darum nach dem 15. März Verbesserungsansprüche kaum noch durchsetzen.



DIE SIEGER VON DIEN BIEN PHU, Nordvietnams stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister Giap (links), besuchte überraschend die an der Grenze nach Südvietnam stationierten nordvietnamesischen Truppen. Hier überzeugt er sich von der Leistungsstärke einer Flak-Einheit. Giap leitet auch die Einkreisung des US-Stützpunktes Khe Sanh.

Dollinger: Bald mehr Telefone

FRANKFURT (dpa). Die Telefon-Antragsteller in der Bundesrepublik, die zum Teil seit Jahren auf einen Anschluß warten, können hoffen. Postminister Dollinger kündigte gestern in Frankfurt die Bildung eines Sonderfonds „Abbau langjähriger Warteliste“ an.

Dollinger teilte mit, daß gegenwärtig noch 230 000 Antragsteller auf einen Telefonanschluß warten, davon 25 000 länger als zwei Jahre. Zum größten Teil seien davon extrem teure Anschlüsse betroffen.

Wehrsteuer auch für junge Mädchen?

AUGSBURG (ap). Für eine finanzielle Leistung junger Mädchen als Ausgleich für die Vorzüge, die sie gegenüber männlichen Wehrpflichtigen haben, tritt in der jüngsten Nummer der Zeitschrift „Mann in der Zeit“ der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Stahlberg ein.

Stahlberg geht davon aus, daß es heute eine nahezu hundertprozentige Chancengleichheit in der beruflichen Entwicklung bei jungen Männern und Mädchen gibt. Diese Chancengleichheit gehe aber den Wehrpflichtigen oder jenen verloren, die statt dessen zivilen Ersatzdienst leisteten. Bei der möglichen Einführung einer „Wehrsteuer“ zugunsten der wehrpflichtigen Männer sollten darum auch Überlegungen angestellt werden, ob eine solche finanzielle Leistung nicht auch von den Mädchen erwartet werden müsse.

Stahlberg stellt sogar die Frage: „Wenn die Wehrpflicht als ein notwendiger Dienst für die Gemeinschaft unseres Volkes angesehen wird, warum gibt es keine Verpflichtung der Mädchen zum sozialen Jahr?“

Der Minister erklärte, er habe zum zügigen Abbau der Warteliste veranlaßt, daß in diesem Jahr 750 000 neue Anschlüsse eingerichtet werden.

Die Bundespost erwägt auch die Arbeitsvergabe bei der Herstellung von Hauptanschlüssen. Man geht zur Zeit, ob man nicht fachlich geeignete Unternehmen damit beauftragen sollte, in eigener Regie Fernsprechanlagen zu installieren. Dann könnte den Antragstellern künftig von den Anmeldestellen der Post eine Liste dieser Unternehmen vorgelegt werden, bei denen sie die Einrichtung von Telefonanschlüssen bestellen könnten.

Verhand weist auf notwendige Senkung der Telefongebühren hin. Der vor einigen Tagen in Offenbach gegründete Bundesverband der Postbenutzer wies in Frankfurt darauf hin, daß die Bundespost die Telefongebühren um 20 Prozent senken müsse, um dem durch verschiedene Gerichte bescheinigten Grundsatz gerecht zu werden, daß für einen Monopolbetrieb die Gebühren nicht höher als die tatsächlichen Kosten sein dürften.

Richter kritisieren Lübke

„Das Ansehen der Demokratie kann so nur Schaden leiden“

FRANKFURT (dpa/upi). Die Absicht von Bundespräsident Lübke, wegen der gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen keine gerichtlichen Schritte zu unternehmen, wurde gestern von den Landesverbänden Hessen und Berlin des Deutschen Richterbundes kritisiert.

In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: „Der Bürger dieses Staates muß den peinlichen Eindruck gewinnen. Wenn angemessenen Ehrenschutz durch die Gerichte nicht einmal der Bundespräsident erwartet — wie soll der einfache Bürger dann auf einen solchen hoffen können?“

Scharf verwarnten sich beide Richterverbände gegen die von verschiedenen Politikern gezogenen Parallelen zu den Ehrenprozessen um den ehemaligen Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Sie verwiesen darauf, daß sich die Einstellung der Richter zur Demokratie seit damals entscheidend geändert habe.

Staatssekretär Diehl erklärte dazu, er verstehe die Einstellung der Richter, glaube aber nicht, daß sich an der Entscheidung der Bundesregierung, dem Bundespräsidenten von gerichtlichen Schritten abzuraten, etwas ändern werde.

Keine Einigkeit im Warschauer Pakt

Rumänen verweigern Unterschrift — Wieder Beschuldigungen gegen die USA



EINE OSTBERLINER DELEGATION nahm auch an der Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten in Sofia teil. Unser Bild zeigt den SED-Chef und Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht bei der Unterschrift unter das Abschlusssommuniqué nach den zweitägigen Gesprächen.

SOFIA (dpa). Der Krieg in Vietnam und der amerikanisch-sowjetische Entwurf für einen Atomsperrvertrag waren die Hauptthemen auf der knapp zweitägigen Konferenz der Warschauer-Pakt-Staaten in Sofia, die am Donnerstag beendet wird. Die Partei- und Regierungs-Delegationen aus der Sowjetunion, Polen, der CSSR, Ungarn, Bulgarien, Rumänien kehrten gestern in ihre Länder zurück.

Während alle Teilnehmer des Gipfeltreffens in einer Vietnam-Erklärung einmütig ihren bisherigen Standpunkt bekräftigten, fehlt die Unterschrift Rumäniens in einer Deklaration zum Atomsperrvertrag.

Dem Kommuniqué zufolge, das von der DDR-Nachrichtengenerat

ADN im Wortlaut verbreitet wurde, fand im Verlauf des Treffens „ein eingehende Meinungsaustausch zum Problem der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen“ statt.

Nach Informationen aus zuverlässiger Quelle in Sofia haben die Unterzeichnerstaaten in der Erklärung zum Atomsperrvertrag eine „einheitliche Haltung“ zu dem Entwurf, wie ihn die UdSSR in Genf vorgelegt habe, eingenommen.

Wie bereits bei seiner letzten Tagung im Juli 1966 in Bukarest veröffentlichte der „politische Konsultativrat“ des Warschauer Paktes auch diesmal wieder eine Erklärung zum Krieg in Vietnam. Darin werden die USA „voll und ganz“ dafür verantwortlich gemacht, daß bis jetzt noch

keine Verhandlungen über die Beendigung des Konflikts aufgenommen wurden.

Wegen der Eskalation der „amerikanischen Aggression“ sei der Weltfrieden ernsthaft gefährdet. Die Entwicklung der Ereignisse verschärfte die Lage in Südostasien und die internationale Situation weiter und sei eine der Hauptquellen für die Spannungen in der Welt.

In dem von den Parteichefs und Ministerpräsidenten der sieben Länder unterzeichneten Dokument wird „dem vietnamesischen Volk“ auch künftig „uneingeschränkte Unterstützung“ versichert und erneut die Entsendung von Freiwilligen angeboten, wenn Hanoi dies wünsche.

Der Vietkong untertunnelt Festung Khe Sanh

SAIGON (dpa/ap). Eine starke Vietkong-Einheit ist gestern von den Amerikanern beim Bau eines unterirdischen Laufgrabens unter den Stellungen der US-Dschungelfestung Khe Sanh überrascht worden. Von den etwa 100 Pionieren wurden nach amerikanischen Angaben 27 getötet.

Der Stützpunkt lag den ganzen Tag über unter Raketen- und Artilleriebeschuß. US-Bomber bombardierten die feindlichen Stellungen und Truppenansammlungen. Die Amerikaner änderten inzwischen im Norden Südvietnams ihre Kommandostruktur, um der erwarteten neuen kommunistischen Großoffensive besser begegnen zu können. Gleichzeitig wurde in Saigon bekanntgegeben, daß die US-Verluste in Vietnam seit 1961 mit 136 993 Toten die Verlustzahl des Korea-Krieges jetzt überschritten habe. Außerdem gingen bis gestern 3446 Flugzeuge verloren.

Unterdessen griff der amerikanische Senator Robert Kennedy, ein Bruder des ermordeten Präsidenten,

Kulmbacher SPD-Abgeordneter reist nach Saigon, Hanoi und Peking

BONN (dpa). Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Franke (Hannover), sowie seine beiden Fraktionskollegen Karl Herold (Kulmbach) und Konrad Porzner (Ansbach) werden im April die nordvietnamesische Hauptstadt Hanoi und die chinesische Hauptstadt Peking besuchen.

Zuvor werden sich die drei Deutschen in Saigon, der Hauptstadt Südvietnams, aufhalten. Die SPD-Politiker sollen sich im Auftrag ihrer Fraktion um den Einvernehmen mit Außenminister Brandt ein Bild von der Situation in Ostasien machen.

die Vietnampolitik Washingtons erneut scharf an. Er bezeichnete sie als „unmoralisch und untragbar“. Die internationale Juristenkommission hat sich an die Vereinten Nationen und das Internationale Rote Kreuz gewandt und gegen die Brutalität im Vietnamkrieg protestiert.



Karl Herold